Nummer 64 — 28. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentl. mit den illustr. Gratisbeilagen „Die Welt“ und „Für unsere kleinen Leute“ sowie den Textbeilagen „Bl. Benno-Blatt“ „Unterhaltung und Wissen“ „Die Welt der Frau“ „Aerztlicher Ratgeber“ „Das gute Buch“ „Sonntagsblatt“. Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰ Sonnabend- u. Sonntagsnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Todtzeit, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Sonnabend, den 16. März 1929
Verlagsort: Dresden
Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 99 mm breit 1 ℳ. Alle Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,80 ℳ. Briefgeb. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Artur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 7095. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Der Reichstag zum Defizitetat

Für ernste Etatkritik

Berlin, 14. März.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hat heute dem Reichstag den Haushaltsvoranschlag für 1929 mit einer Rede über die Finanzlage des Reiches unterbreitet. Die Einzelheiten sind bekannt. Sie summieren sich in dem Defizit, das der ordentliche Haushalt hauptsächlich infolge der Erhöhung der Reparationsleistungen um 312 Millionen Mark aufweist und dem Fehlbetrag des außerordentlichen Haushalts, der beim Abschluß des Rechnungsjahres 1928 nicht weniger als 738 Millionen beträgt. Die Anspannung der Kassenlage des Reiches übersteigt noch die pessimistischen Schätzungen, die der Reichsfinanzminister im November bei der ersten Bekanntgabe der hauptsächlichsten Etatziffern gemacht hat, indem er das Defizit der Reichskasse zu Ultimo März mit einer Milliarde Mark veranschlagte. Der Fehlbetrag beträgt heute bereits 1,2 Milliarden. Es gibt leider nur zwei Wege, das Defizit im Reichsetat zu beseitigen, entweder die Schaffung neuer Einnahmen durch neue Steuern oder Einsparungen auf der Ausgabenseite. Der Reichsrat hat bekanntlich nur kleine Aenderungen an der Vorlage der Regierung vorgenommen, die sich im finanziellen Endergebnis ausgleichen. Der Reichstag wird sich darüber schlüssig werden müssen, ob er sich mit den Steuervorschlägen der Regierung (165 Millionen aus der Biersteuer, 90 Millionen aus dem Branntweinmonopol, 20 Millionen Erbschaftssteuern, 104 Millionen Vermögenssteuer und Kürzung der Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden um 120 Millionen), einverstanden erklären, oder ob er weitere Abstriche auf der Ausgabenseite vornehmen will.

Fest scheint jedenfalls das eine zu stehen, daß die Vorschläge der Regierung nicht im vollen Umfang vom Parlament genehmigt werden. Fest steht leider auf der anderen Seite auch die Tatsache, daß die Abstriche, die die Parteien an der Regierungsvorlage machen werden, das Gesamtbild des Etats nicht allzu sehr beeinträchtigen können. Einsparungen müssen, wo sie möglich sind, unter allen Umständen vorgenommen werden. Auch der Reichsfinanzminister hat in seiner Reichstagsrede die Notwendigkeit einer entschiedenen Sparpolitik betont. Sparvorschläge sind von allen Parteien vorbereitet, am radikalsten von der Deutschen Volkspartei, die den Haushalt angeblich ohne neue Steuern balancieren und das gesamte Defizit durch Einsparungen decken will. Das klingt zwar sehr bestechend, aber leider nicht sehr überzeugend. Es ist sehr bequem, die Bewilligung neuer Steuern abzulehnen, ohne gleichzeitig mit konkreten Vorschlägen zum Ausgleich des Fehlbetrages aufzuwarten. Man wird sehr gespannt sein dürfen, in welcher Richtung sich die Sparvorschläge der Deutschen Volkspartei bewegen werden und man dürfte vielleicht nicht fehl gehen in der Annahme, daß sie sich in der Hauptsache auf die Vorarbeiten des Hansabundes stützen werden.

Die Denkschrift des Hansabundes macht Einsparungsvorschläge in einer Gesamthöhe von 493,1 Millionen Mark, und läßt die weitere Streichung von 100 Millionen Mark offen. Damit würde das Defizit in der Regierungsvorlage sogar in einen Ueberschuß verwandelt. Man muß die Arbeit, die in dieser Denkschrift steckt, anerkennen. Sie prüft die einzelnen Positionen des Haushalts an Hand der Haushaltsrechnung, d. h. der tatsächlichen Ausgaben der letzten Jahre für die einzelnen Zwecke, und erweckt den Eindruck, daß bei einer gründlichen Durcharbeitung des Haushaltsvoranschlages Einsparungsmöglichkeiten wohl da und dort vorhanden sind, wenn auch nicht in dem Umfang, den der Hansabund errechnet. Denn gerade die hauptsächlichsten Abstriche, die der Hansabund an den Reichsausgaben macht, halten kaum einer kritischen Prüfung stand. Einmal handelt es sich bei einem Teil der Abstriche um Einsparungen, die wahrscheinlich an anderer Stelle wieder als Mehrbelastungen erscheinen würden, z. B. bei der weiteren Kürzung der Länderüberweisungen um 83 Millionen Mark. Auch die 266 Millionen, die der Hansabund allein am Etat des Reichsarbeitsministeriums einsparen will, stehen sozusagen nur auf dem Papier. Das gilt vor allen Dingen von den 164 Millionen betragenden Beiträgen des Reiches zur Invalidenversicherung durch die Hingabe von Reichsanleihestücken statt Bargeld. Einmal handelt es sich hier nur um eine zeitliche Verschiebung der Zahlungsverpflichtung, auf der anderen Seite hat der Reichsrat bereits über den an dieser Stelle eingesparten Betrag durch Hergabe eines entsprechenden Darlehns an die Arbeitslosenversicherung verfügt. Aehnlich verhält es sich mit den Ausgaben für die produktive Erwerbslosenfürsorge, deren Einsparungsmöglichkeit vor allem von der Frage abhängig ist, ob die entsprechenden Arbeiten bereits eingeleitet sind oder nicht.

So bestrickend also auch die radikalen Einsparungsvorschläge einzelner Parteien und wirtschaftlichen Organisationen aufs erste wirken mögen, sie können nicht über die betrübliche Tatsache hinwegtäuschen, daß der Fehlbetrag des Reichshaushaltes durch Einsparungen allein nicht ausgeglichen werden kann. Soweit solche Einsparungen möglich sind, werden die Parteien sich mit aller Energie für entsprechende Streichungen auf der Ausgabenseite des Etats einsetzen müssen. Wogegen sich eine verantwortungsbewußte Politik jedoch mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen muß, das sind die Bestrebungen, aus der finanziellen Notlage des Reiches und der Ueberbürdung des deutschen Steuerzahlers durch demagogische Versprechungen an die Oeffentlichkeit parteipolitisches Kapital zu schlagen.

Wir wenden uns damit durchaus nicht gegen eine sachlich gehaltene Kritik. Etatkritik ist heute notwendiger denn je. Es ist nicht zu verkennen, daß die Denkweise des deutschen Volkes in finanziellen Fragen durch die Gewöhnung an die Milliardenziffern der Inflationszeit noch stark beeinflußt ist. Wir müssen wieder lernen auch bei den Riesenhaushalten des Reiches und der übrigen öffentlichen Körperschaften sozusagen mit Pfennigen zu rechnen und auch die kleinen Tagesausgaben gründlicher auf ihre Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit hin zu prüfen. Aufgabe der Volksvertreter wird es sein, sich mehr als bisher der Prüfung dieser Fragen zu widmen und den Machtexpansionsbestrebungen der Bürokratie mit der sachlichen Kleinarbeit der Finanzkritik zu begegnen. Es mag sein, daß diese Kleinarbeit, das Eindringen in die „Geheimwissenschaft“ des Etats mit seinen tausenderlei Positionen zunächst weniger dankbar anmutet, als die Beschäftigung mit den Problemen der „hohen“ und „höchsten“ Staatspolitik. Aber auch im demokratischen Staate bleibt die Prüfung der Staatsausgaben und die Steuerbewilligung eines der wichtigsten Rechte des Parlaments, das zugleich höchste Pflichten umschließt.

Die Zentrumspartei wird sich diesen Pflichten nicht entziehen. Ihre Stellung im Parlament und ihr Aufbau aus allen Schichten der Bevölkerung befähigt sie mehr als jede andere zur verantwortungsbewußten kritischen Sachlichkeit. Sie wird sich aber auf der andern Seite durch ihre Freiheit von persönlichen Bindungen an das Kabinett nicht zu demagogischen Kunstkniffen gegenüber der Oeffentlichkeit zum Zweck des Stimmenfangs verleiten lassen.

Das Zentrum warnt die Regierung

Eine vielbeachtete Rede des Abg. Dr. Brüning — Die unmögliche Haltung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 15. März.

Im Reichstag haben gestern die Etatberatungen begonnen. Sie wurden wie üblich mit einer Rede des Reichsfinanzministers eingeleitet (s. Seite 7 d. Nr.). Auch der Reichskanzler wird, wie verlautet, im Verlaufe der Debatte noch das Wort nehmen. Es heißt, er werde sein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß die von ihm vorgelegten fünf Punkte, die den Weg zur Großen Koalition ebnen sollten, nicht angenommen worden seien. Sie sind bekanntlich von der Deutschen Volkspartei abgelehnt worden. Außerdem soll der Kanzler die Absicht haben, auf die von ihm seinerzeit abgegebene Regierungserklärung hinzuweisen, in der auch gesagt ist, daß die Regierung die Große Koalition erstrebe.

Für den politischen Einfluß, den die Zentrumspartei auch außerhalb der Regierung in die Wagschale zu werfen vermag, war die Rede des Abg. Dr. Brüning zum Etat ein Musterbeispiel. Um diese Rede gruppierte sich tatsächlich in der gestrigen Reichstagssitzung das politische Interesse aller Parteien. Ueber die Stellung des Zentrums zum Etat ließ Dr. Brüning die Regierung und den Reichstag in keinem Punkte im Unklaren. Besonders nachdrücklich erinnerte er an die unhaltbare Stellung der Deutschen Volkspartei, die wohl an der Regierung teilhabe, aber die Last der Verantwortung möglichst weit von sich abzuwälzen versucht. Wir geben nachstehend diese Rede des Abg. Dr. Brüning im Zusammenhang mit den Ausführungen der Redner der anderen Parteien wieder:

Abg. **Hertz** (Soz.) ging auf die Deckungsvorlagen des Reichsfinanzministers ein. Die Regierung selbst, so bemerkte er, werde kaum auf die unveränderte Annahme dieser Vorschläge gerechnet haben. Mit der Kürzung der Länder- und Gemeindeanteile sind wir einverstanden, aber wir wollen dabei nicht über den Regierungsvorschlag hinausgehen. Die vorgeschlagenen Steuererhöhungen treffen zu zwei Dritteln die Massensteuern und nur zu einem Drittel die Besitzsteuern. Wir verkennen nicht, daß in der Alkoholbesteuerung noch gewisse Möglichkeiten liegen (hört! hört). Die Bayerische Volkspartei war 1925, als sie in der Regierung saß, für die jetzt von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Biersteuer. Wir Sozialdemokraten behalten uns die endgültige Stellungnahme zu dem Regierungsvorschlag vor. Wir verkennen nicht die schweren Bedenken, die gegen eine Erhöhung der Biersteuer sprechen. Die von anderer Seite empfohlene Erhöhung der Umsatzsteuer lehnen wir ab. Die Luxussteuer könnte stärker getroffen werden, beispielsweise durch Erhöhung der Schaumweinsteuer. Bei den Besitzsteuern müßten sich größere Erträge erzielen lassen. Auf die Aufsichtsratssteuer brauchten wir nicht länger zu verzichten. Die von der Volkspartei vorgeschlagene Besteuerung der öffentlichen Betriebe lehnen wir ab. Dieselbe Deutsche Volkspartei, die jede neue Steuer bekämpft, verlangt hier eine neue Verbrauchssteuer auf Wasser, Gas und Elektrizität. **Wie kann diese Partei, die zwei Minister in der Regierung sitzen hat, von verantwortungsloser Finanzpolitik und Verschwendungssucht reden?** Sie trägt seit 1925 die Verantwortung für Regierungen, in denen die Sozialdemokratie nicht vertreten war. Sie hat die Finanzen belastet durch eine Politik zugunsten den erbitterten Widerstand der Sozialdemo- spielsweise gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten eine Subvention von 10 Millionen für die Firma Mannesmann durchgesetzt, ein Betrag, der jetzt restlos verloren ist (hört! hört!). Die Sozialdemokratie trägt die volle Verantwortung für die Finanzpolitik der jetzigen Regierung. Sie weiß, daß dieser Etat das Schicksalsbuch der letzten Regierung ist.

Abg. Dr. **Oberfohren** (Dtn.) erklärt, die diesmalige Einbringung des Etats bilde nicht nur formell und zeitlich, sondern auch politisch eine Bankrotterklärung des gegenwärtigen Reichskabinetts. Sie sei gleichzeitig ein äußeres Anzeichen dafür, daß sich die jetzige Reichsregierung weder allgemeinpolitisch noch finanzpolitisch den Schwierigkeiten gewachsen gezeigt hat. Die Aktionsunfähigkeit der Regierung habe einen Grad erreicht, der kaum noch überboten werden könne. Alle hämische und fanatische Kritik, die namentlich vor den Reichstagswahlen an der letzten Regierung geübt worden sei, schaffe nicht die Tatsache aus der Welt, daß diese Regierung Hervorragendes und Dauerhaftes geleistet habe. Der Redner nennt es das Verdienst des Ministers v. Schlieben, daß bisher das Gleichgewicht in den Etats der letzten Jahre hergestellt werden konnte. Der leichtfertige Schritt des Herrn Reinhold in der Umsatzsteuersenkung und die Senkung der Lohnsteuer als erster und fast einziger politischer Akt der neuen Regierung seien die Marksteine auf dem Wege zu dem jetzigen Defizit. Die Methode der Geldbeschaffung, mit der der Reichsfinanzminister sich zu helfen suche, könne nur als grandiose Pumpwirtschaft bezeichnet werden. Der Redner äußert sich dann zu den einzelnen Vorlagen und wendet sich gegen die Kürzung der Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden, weil darin nur ein völlig unzureichender und übereilter Versuch zur Lösung des Finanzausgleichs zugunsten des Reiches zu erblicken sei. Die **vorgeschlagenen Steuererhöhungen würden von seiner Partei allgemein grundsätzlich abgelehnt.** Die Gesamtsteuerlast in Deutschland sei nicht mehr steigerungsfähig. Die Entziehung von Finanzmitteln seitens der öffentlichen Körperschaften habe in den letzten Jahren bis zu 38 Prozent des Volkseinkommens betragen. (Hört, hört! rechts.) Der Redner fordert energische Ausgabensenkung angesichts der Tatsache einer riesenhaften Uebersteigerung der öffentlichen Ausgaben und des Behördenapparates. Auch der Begriff der Zwangsläufigkeit von Ausgaben sei durchaus relativ. Man müsse in dieser Notzeit auch den Mut zu Gesetzesänderungen aufbringen, um der Zwangsläufigkeit entgegenzutreten. Der Redner betont, daß die Gegner an ihrer Ausraubungsabsicht umso mehr festhalten würden, wenn man die deutsche Wirtschaft für fähig halte, so gewaltige Steuererhöhun-

Die heutige Nummer enthält das St. Benno-Blatt, das Sonntagsblatt für die Diözese Meißen.